

**Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
vom 20.11.2024**

Anwesend:

(stimmberechtigte)

Leidig, Bernd	Beigeordneter
Gaschott, Mathias	Wohlfahrtsverbände
Siegel, Marlene Charlotte	Wohlfahrtsverbände
May, Christiane	Jugendverbände
Schwarz, Marcel	Jugendverbände
Horwedel, Christian	FWG
Krastel, Alexandra	FWG
Merz, Sabine	FWG
Maurer, Lothar, Dr.	CDU
Ott, Roman	CDU
Marx, Frank Hans Josef	AfD
Klodt, Uwe	SPD

(nicht stimmberechtigte)

Kardaus, Jan	Verwaltung
Leckinger, Mareike	Die Grünen/offene Liste
Bezgin, Yasar	Beirat für Migration und Integration
Krauß, Michael	Fachkraft des Jugendamtes
Aydin, Melahat	Elternvertreterin Kindergarten
Camus, Ole	Verwaltung
Fahlbusch, Annette	Verwaltung
Fiege, Brunhilde	Lehrerschaft
Graf, Caroline	Fachkraft Gesundheitsamt
Hayer, Noah	Katholische Kirche
Jantke, Sophia	Verwaltung
Krämer, Sebastian	Verwaltung
Reuter, Marius	Verwaltung
Stein, Rüdiger	Gewerkschaft
Vogel, Lisa	Protestantische Kirche
Wagner, Vanessa	Verwaltung

(Abwesend bei Top ...)

Es fehlen entschuldigt:

(stimmberechtigte)

Ahmend, Naomi	Wohlfahrtsverbände
Hatzfeld, Jürgen	Jugendverbände
Schröder, Tim	Jugendverbände
Kühner, Daniel	CDU

(nicht stimmberechtigte)

Löwer, Birgit
Bruns, Christian
Büchler, Max
Glaser, Michael

Frauenbeauftragte
Richter
Arbeitsamt
Beauftragter für
Jugendsachen der Polizei
Jugendkammern

Jonderko, Jens

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr Ende der Sitzung: 18:04 Uhr

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses waren durch Einladung vom 12.11.2024 auf Mittwoch, den 20.11.2024 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 3 wurden in öffentlicher Sitzung im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Neumayerring 72, behandelt.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Beigeordneter Bernd Leidig
(Vorsitzender)

Annette Fahlbusch
(Schriftführerin)

Tagesordnung

Herr Oliver Camus, stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Familienbüro stellt sich vor.

Öffentliche Sitzung

1. Bericht des Beigeordneten

Vorlagen der Verwaltung

2. Entwicklung Freizeitgelände (Skate-Anlage und Mountainbike-Parcours)

Vorlage: XVIII/0156

3. Beratung des Haushaltsplanes 2025 soweit die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses gegeben ist.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Bericht des Beigeordneten

Beratungsergebnis:

Gremium JHA	Sitzung am 20.11.2024	Top 1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 51					

Protokoll:

Herr Leidig berichtet über den Sachstand zum Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG). Er stellt voran, dass die Stadt Frankenthal gegenwärtig schon gut aufgestellt ist. Neben den drei Ganztags-Grundschulen werden die Angebote der "betreuenden Grundschule", die seit 25 Jahren in Frankenthal bestehen, weiter ausgebaut und somit die Basis der Ganztagsbetreuung bilden.

Die Stadt Frankenthal bereitet sich intensiv auf die Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG) vor, das ab dem Schuljahr 2026/2027 allen Erstklässler-Eltern einen Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot bietet. Diese Kinder haben, bis auf 4 Wochen im Jahr, einen gesetzlichen Anspruch auf acht Stunden Betreuung an Werktagen, sowohl in der Schul- als auch in der Ferienzeit. Stufenweise wird das Angebot bis 2029/2030 auf alle vier Klassen der Grundschule ausgeweitet. Verschiedene Teilbereiche (z.B. die Mittagsverpflegung) werden kostenpflichtig sein.

In der letzten Schulträgerausschusssitzung am 14.5.2024 hatte die Verwaltung ausführlich berichtet und vorgeschlagen, eine Bedarfsumfrage im Sommer 2024 durchzuführen.

Diesen Prozess hat die Verwaltung noch vor den Sommerferien begonnen. In einer Bedarfsabfrage sammelte die Stadtverwaltung erste und unverbindliche Einschätzungen der Eltern zur Ganztagsbetreuung. Die Umfrage erreichte 203 Rückmeldungen bei einer prognostizierten Einschulungszahl von 471 Kindern.

Zur Vorstellung der Ergebnisse und zum gemeinsamen Austausch lud Schuldezernent Herr Leidig am 16.10.2024

- alle Mitglieder des Schulträgerausschusses

- alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
- alle Grundschulleiter/innen
- Vertreter/innen des Stadtelternausschusses der KiTas
- Vertreter/innen der "Vereinigung der Elternbeiräte Grundschulen"

zu einer Konferenz mit dem Thema "Ganztagsförderung von Kindern im Grundschulalter" am Donnerstag, 7. November, in die Mensa der Robert-Schuman IGS, ein. An diesem Abend waren 45 Gäste und Verwaltungsmitarbeitende aus den Bereichen Schule und Familie, Jugend und Soziales anwesend.

Der Austausch mit allen Akteuren und den Eltern ist von zentraler Bedeutung, um die Bedarfe für die Ganztagsbetreuung zielgenau zu erfassen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Zu den Grundlagen des Rechtsanspruches "GaFöG", der sich an die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe richtet, referierte bei der GaFöG-Konferenz Herr Tobias Klag, stellvertretender Abteilungsleiter im Bildungsministerium Rheinland-Pfalz. Der ehemalige Schulleiter zeigte dem Publikum die rechtlichen Ansätze der Thematik auf, die sich aus den Vorgaben im Sozialgesetzbuch (SGB VIII), dem Landesgesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendgesetzes (AG KJHG) und dem Kita-Gesetz Rheinland-Pfalz sowie dem Schulgesetz ergeben. Der neue Rechtsanspruch, so Klag, sei die qualitative Erweiterung einer bereits seit langem bestehenden Aufgabe. Die Erfüllungsebene definiere sich entweder über die Förderung in einer Tageseinrichtung oder die schulischen Ganztagsangebote. Umsetzungs- und Ausgestaltungsfragen seien immer vor dem Hintergrund des für das jeweilige Angebot einschlägigen Rechtskreises zu beantworten. Laut Herrn Klag könne es Lösungen, nach dem Motto "one fits all" – Einheitslösung – jedoch nicht umfänglich geben. Viele Fragen seien auf Grundlage der vor Ort vorhandenen Bedarfe und Angebotsstrukturen zu beantworten. Im Anschluss an die Veranstaltung konnte Herr Klag den Veranstaltungsteilnehmenden wichtige Informationen zu ihren Fragen geben.

Herr Sebastian Horn, Mitarbeiter im städtischen Kinder- und Jugendbüro, stellte die jährlichen Ferienangebote vor. Mit rund 40 Programmen und 1.026 Plätzen können die Grundschul Kinder aus Frankenthal und Umgebung betreut werden. Die Nachfrage nach flexiblen Betreuungszeiten zeigt sich auch in der Umfrage: Neben Ganztagsangeboten wünschen viele Eltern Betreuung an einzelnen Wochentagen oder saisonale Ferienprogramme.

Frau Melanie Sejdija, Mitarbeiterin im Bereich Schulen, stellte die Situation in den Grundschulen dar. Drei der zehn Grundschulen bieten bereits Ganztagsunterricht an, sechs Schulen verfügen über ein Mittagsangebot. Von den insgesamt 1.913 Grundschulern nehmen derzeit 751 Kinder die Mittagsverpflegung und 679 Kinder die Betreuung in Anspruch. Ziel ist es, durch die Ausweitung der Betreuungszeiten – nach Bedarf – und Ausweitung der Mittagsverpflegung, den Rechtsanspruch ab 2026 zu erfüllen.

Die Verwaltung wird weitere Befragungen und Veranstaltungen durchführen, um kontinuierlich Rückmeldungen einzuholen und die Planungen im Dialog mit allen Beteiligten voranzutreiben. Im Jahr 2025 werden die Ausschüsse und der Stadtrat regelmäßig unterrichtet – ggfls. werden Beschlüsse eingeholt.

Bezugnehmend auf den Bericht merkt das Gremium an, dass die Schul-App "Sdui" für die Kommunikation im Alltag nützlich und ressourcensparend und aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken ist. Die Nutzung, und insbesondere die Übersetzungsfunktion, hat sich im Alltag bewährt und trägt zu einer Entlastung von Schule

und Eltern bei.

Mit Blick auf die Kita-App fragt das Gremium nach dem aktuellen Sachstand. Die Verwaltung informiert darüber, dass die Umsetzung aufgrund von Vergabe- und IT-Herausforderungen sowie personeller Veränderungen im Familienbüro noch nicht so weit vorangeschritten ist wie ursprünglich geplant war. Im Gremium wird die Kosten-Nutzen-Relation thematisiert. Es besteht weitgehende Einigkeit, dass der Nutzen der App die Kosten rechtfertigt, zumal Funktionalität und Sicherheitsanforderungen die eines marktüblichen Messengers übersteigen. Der Nutzen wird insbesondere gesehen in: Verbesserter Kommunikation, Übersetzungsfunktion, Entzerrung der Notbetreuung, Steuerung von Arbeitszeitmodellen, digitale Unterstützung und Entlastung bei der Aufgabenwahrnehmung.



Aktenzeichen: 612/Ge - 512/Re Datum:

Hinweis:

Entwicklung Freizeitgelände (Skate-Anlage und Mountainbike-Parcours)

Beratungsergebnis:

Gremium JHA	Sitzung am 20.11.2024	Top 2	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: 51					

Die Verwaltung bittet zu beschließen wie folgt:

1. Der Bereich Planen und Bauen startet intern mit der Durchführung des Bebauungsplanverfahren für die Teiländerung Beindersheimer Straße West – Freizeitgelände (Skate-Anlage und Mountainbike-Parcours) – voraussichtlich ab Januar 2025.
2. Der Bereich Familie, Jugend und Soziales nimmt in die Haushaltsplanungen 2025/26 Planungskosten für eine Skateanlage und einen Mountainbike-Parcours auf.
3. Mit vorliegender Entwurfsplanung werden Fördermittel beim Ministerium des Innern und für Sport beantragt für die Herstellung der kostenintensiven Skate-Anlage. Fördermöglichkeiten der Europäischen Union, der Aktion Mensch und weitere werden geprüft.
4. Die im Beteiligungsprozess engagierten Jugendlichen und Erwachsenen sowie die Stadtverwaltung akquirieren bei ortsansässigen Firmen, Vereinen, Privatpersonen sowie überregional Spenden für die Baukosten des Mountainbike-Parcours. Optionen wie Spenden-Crowdfunding (Schwarm-Finanzierung) werden geprüft.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen:

Datum:

Hinweis:

Beratung des Haushaltsplanes 2025 soweit die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses gegeben ist.

Beratungsergebnis:

Gremium JHA	Sitzung am 20.11.2024	Top 3	Öffentlich:	<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input checked="" type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
					Mit		Nein-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				
Abdruck an: 51								

Protokoll:

Herr Leidig stellt den Ausschussmitgliedern den Haushaltsplan 2024 (THH 7) vor und erläutert schrittweise die einzelnen Produkte. Des Weiteren werden Auszüge aus dem Stellenplan, den Bereich Familie, Jugend und Soziales betreffend, besprochen. Nachfragen bezüglich vereinzelter Positionen werden beantwortet.

Produkt 3652

Bei Produkt 3652 wird die Frage nach der Anzahl der Mitarbeitenden in den städtischen Kitas gestellt; die Verwaltung stellt eine Beantwortung der Frage im Rahmen der Niederschrift in Aussicht.

Die Beantwortung lautet:

Stand 16.12.2024 waren 344 Mitarbeiter*innen in den städtischen Kitas beschäftigt. Darin enthalten sind unter anderem Erzieher*innen, Kinderpfleger*innen, Sozialassistent*innen, Berufspraktikant*innen, Reinigungskräfte, Leitungskräfte und Auszubildende.